

Der Streit um die Ölförderung eskaliert

Riad vs. Teheran Die Beschränkung der Fördermengen ist vorerst vom Tisch – stattdessen gibt es offene Drohungen

VON FABIAN HOCK

Delegationen aus 16 ölfördernden Staaten verhandelten am Sonntag in der katarischen Hauptstadt Doha. Heraus kam: nichts. Oder besser: viel weniger als nichts. Denn dass die Gespräche über eine mögliche Förderbegrenzung ergebnislos abgebrochen wurden, könnte den Preiskampf ums Öl in eine neue Dimension führen.

Die Geschichte dahinter beginnt im Iran. Für dessen Bevölkerung muss es eine Befreiung gewesen sein, als Anfang des Jahres die internationalen Sanktionen gegen das Land in Teilen aufgehoben wurden. Für die politische Führung war es gar ein Segen. Jahrelang hatte man mit Einschränkungen beim Import wie beim Export von Waren leben müssen. So auch beim Verkauf von Erdöl.

Zurück auf der Weltbühne

2006 verhängte die UNO erstmals Sanktionen gegen den Iran wegen seines Atomprogramms. Weil die politische Führung um den damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad partout nicht davon abrücken wollte, wurden die Sanktionen 2010 nochmals verschärft. In der Folge brach die Erdöl-Fördermenge des Landes von rund 4 Millionen Fass pro Tag auf zeitweise etwa 2,6 Millionen Fass ein. Heute pumpt der Iran eine Menge von rund 3,1 Millionen Fass Öl aus dem Boden.

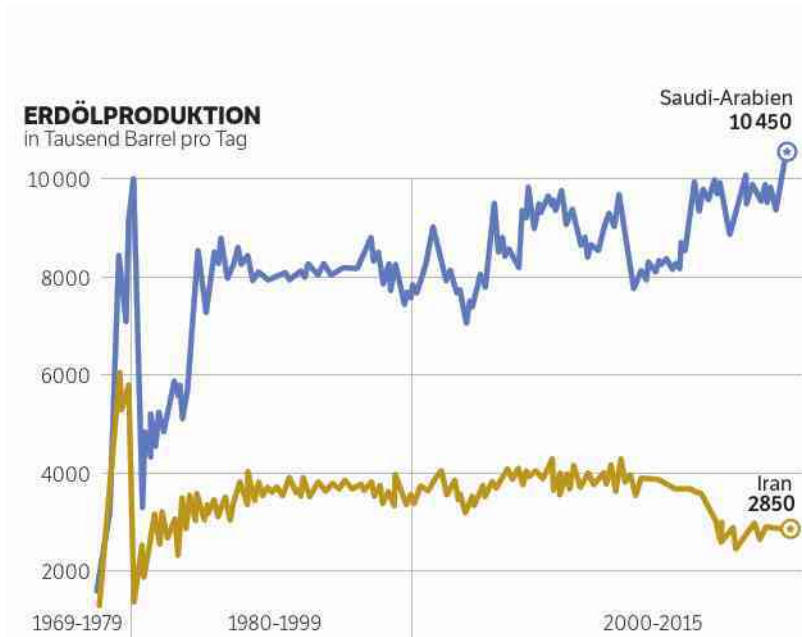
Die internationale Gemeinschaft hatte die Strafmassnahmen verhängt, um Iran von seinem Atomprogramm abzubringen. Mit der Unterzeichnung des Atomabkommens im Januar 2016 endete dieses Vorhaben erfolgreich – und bedeutete zugleich das Ende der Sanktionen.

Die Rückkehr auf die grosse Bühne der Ölproduzenten rückt für Teheran damit in greifbare Nähe. Und dieses Ziel wird derzeit mit Nachdruck verfolgt. Eine Beschränkung der Fördermenge kommt für die Islamische Republik deshalb nicht infrage – im Gegenteil: Teheran peilt erneut die Förderung von 4 Millionen Fass pro Tag an. Wer jahrelang fasten musste, verteidigt am Abend des Fastenbrechens den Fresskorb mit allen Mitteln – auch wenn dieser nicht mehr so prall gefüllt ist wie auch schon.

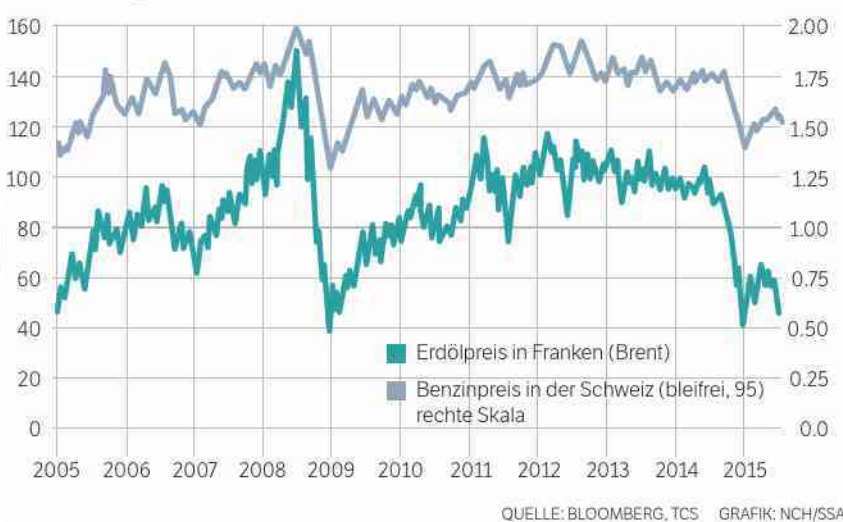
Ein Erstarken Irans verhindern

Dem Iran den Fresskorb entreissen, bevor die angeschlagene Regionalmacht zugreifen kann und so wieder zu Kräften kommt – genau das versucht derweil Saudi-Arabien. Der Rivale im Mittleren Osten bestand auf einer Teilnahme Irans am Erdöl-Treffen in Katar. Weil Teheran nicht kam, liessen die Saudis die Verhandlungen offenbar platzen. Dies ist umso erstaunlicher, hatte das Regime in Teheran doch nie vorgehabt, jemanden nach Doha zu schicken – und das bereits vorab auch so gesagt.

Klar ist in jedem Fall: Saudi-Arabien will ein Erstarken des Irans verhindern. Zum



BENZIN- UND ERDÖLPREIS
Entwicklung seit 2005



4

Millionen Fass Erdöl fördert der Iran vor den von der UNO verhängten Sanktionen. Auf diesen Wert will die Islamische Republik nach der Aufhebung Anfang dieses Jahres wieder kommen. Der Erzrivale Saudi-Arabien will das nicht zulassen.

einen, weil man in den offenen Konflikten in Syrien und auch im Jemen auf unterschiedlichen Seiten steht. Zum anderen auch deshalb, weil das Regime in Riad selbst mit dem tiefen Ölpreis zu kämpfen hat. Im vergangenen Jahr führen die Saudis ein Staatsdefizit von 100 Milliarden Dollar ein. Ein starkes Teheran neben sich kann Riad deshalb derzeit noch weniger gebrauchen als sonst.

Enttäuschte Hoffnungen

Trotzdem erstaunt der Strategiewechsel der Saudis. Denn auch ohne eine Delegation aus Teheran waren die Hoffnungen vor den Gesprächen gross, deren Scheitern für die Beteiligten daher umso enttäuschender. «Wir haben nicht die Erwartungen erfüllt, die wir vor diesem Treffen geweckt hatten», sagte etwa der russische Energieminister Alexander Nowak.

Dass sich Saudi-Arabien und Iran – trotz aller Rivalität beides Mitglieder des Erdölkartells Opec – in dieser brenzligen Lage nicht einigen können, fegt jegliche Hoffnung auf steigende Ölpreise vorerst vom Tisch. Kurz nach dem Scheitern der Ver-

handlungen folgte gar die erste Drohung: Man könne die Fördermenge problemlos und umgehend um zehn Prozent auf 11,5 Millionen, in einem halben Jahr gar auf 12,5 Millionen Fass pro Tag steigern, sagte der stellvertretende saudische Kronprinz Mohammed Bin Salman via Branchendienst Bloomberg. Mit Devisenreserven von mehr als einer halben Billion US-Dollar im Rücken lässt Riad keinen Zweifel aufkommen: einen Ölkrieg könne man länger durchhalten als Iran.

Opfer der saudischen Strategie

Dabei geht das saudische Königshaus sprichwörtlich über Leichen. Das Opec-Land Venezuela driftet immer weiter in Richtung Staatsbankrott und auch Russland gerät bei billigem Öl weiter in Bedrängnis. In den USA kapituliert eine Ölfirma nach der anderen.

Die Nachfrage ist nach wie vor gering, die Lager weltweit voll, die Fördermenge ungedrosselt. Worüber sich Förderländer den Kopf zerbrechen, sieht einer gelassen: der Autobesitzer. Denn das günstige Öl spürt er deutlich an der Tankstelle.

DOHA-GESPRÄCHE

So geht es weiter

Nach dem gescheiterten Gipfel der Öl-Förderländer zur Deckung der Produktion gibt es bereits Bemühungen um einen neuen Anlauf. Der Iran rief am Montag alle betroffenen Länder dazu auf, ihre Verhandlungen fortzusetzen. Auch Russland erklärte, die Tür für eine Einigung sei noch immer offen. Die Diskussionen könnten im Juni wieder aufgenommen werden, hiess es aus Branchenkreisen. Für das Scheitern der Gespräche in Doha machten viele Experten den weltgrössten Öl-Förderer Saudi-Arabien verantwortlich. «Die Saudis haben ihren Partnern mal wieder einen Schlag versetzt», sagte David Hufton vom Öl-Händler PVM. Commerzbank-Analysten konstatierten, das Land habe eine Vereinbarung vorsätzlich torpediert und ein Scheitern in Kauf genommen. (FHO/SDA)

Statt aufwärts dreht die Spirale nach unten

Griechenland Der Sparkurs wird beendet, die Wirtschaft blüht auf, versprach Alexis Tsipras den Griechen vor seiner Wahl zum Regierungschef. 15 Monate später sieht es ganz anders aus.

VON GERD HÖHLER, ATHEN

Am 1. Mai feiern die Griechen Ostern. Aber es wird kein frohes Fest für die 450 Beschäftigten der Elektro-Einzelhandelskette Elektronik Athinon. Das vor 66 Jahren gegründete Traditionsunternehmen meldete diese Woche Konkurs an. Die Geschäftsleitung macht die Politik für die Pleite verantwortlich: Die im vergangenen Sommer von der Regierung angeordneten Kapitalverkehrskontrollen hätten

die Firma in die Knie gezwungen. Bei der Einführung der Kontrollen im Juli 2015 sprach Tsipras von einem «kurzen Intermezzo». Inzwischen wagt niemand mehr eine Prognose, wann die Beschränkungen aufgehoben werden. Denn die stockenden Verhandlungen der griechischen Regierung mit den Vertretern der Geldgeber über das Spar- und Reformprogramm verunsichern die Finanzmärkte und belasten die Wirtschaft.

Achtes Rezessionsjahr in Folge

Die Prognose der Regierung, Griechenland werde in diesem Jahr zum Wachstum zurückkehren, dürfte sich nicht erfüllen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für 2016 einen weiteren Rückgang des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,6 Prozent. Das führende griechische Wirtschaftsforschungsinstitut IOBE rechnet sogar mit einem Minus von ei-

nem Prozentpunkt. Es wäre das achte Rezessionsjahr in Folge.

Zwar hatte Griechenlands BIP im zweiten Halbjahr 2014 wieder leicht zugelegt, das Land schien auf dem Weg der Besserung. Aber der Wahlsieg des Linksbündnisses Syriza im Januar 2015 würgte den Aufschwung wieder ab. Im vergangenen Jahr schrumpfte die Wirtschaft um 0,3 Prozent. Die griechische Wirtschaftsleistung fiel damit auf den Stand von 2003 zurück. Kein anderes europäisches Land hat seit Kriegsende eine so lange und so tiefe Rezession durchgemacht.

Der Absturz hatte vor allem für den Arbeitsmarkt katastrophale Folgen. Die Arbeitslosenquote stieg von 7,8 Prozent im Vor-Krisenjahr 2008 auf 27,9 Prozent im September 2013. Seitdem ging die Quote zwar leicht zurück, aber seit Januar steigt sie wieder. Das Forschungsinstitut IOBE erwartet für dieses Jahr ei-

nen Anstieg auf 25,2 Prozent, nach 24,4 Prozent Ende 2015.

Dass sich die griechische Konjunktur schnell erholt, ist nicht zu erwarten. Denn Tsipras wiederholt jetzt die Fehler seiner Vorgänger. Die Strukturreformen, die Griechenlands Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und dem Land Wachstumsimpulse geben könnten, werden vernachlässigt, weil Tsipras Konflikte mit Gewerkschaften und Berufsverbänden scheut. Auch die Privatisierungsziele wurden jetzt ein weiteres Mal reduziert. Hintergrund sind wachsende Widerstände innerhalb der Regierung gegen die Privatisierungspolitik.

Steuererhöhungen statt Reformen

Auch die Kürzungen bei den Rüstungsausgaben will Tsipras nicht im versprochenen Umfang umsetzen. Einsparungen im Staatsapparat sind ebenfalls weitgehend tabu – schliesslich sind die Staatsbe-

diensteten Tsipras' treueste Klientel. Um die Haushaltsvorgaben zu erreichen, setzt der Premier, wie schon seine Vorgänger, vor allem auf Steuererhöhungen. Rund 3,6 Milliarden Euro soll der Fiskus zusätzlich kassieren. Theodoros Fessas, Präsident des griechischen Industrieverbandes, fürchtet, dass die neuen Steuern und höheren Sozialversicherungsbeiträge die Wirtschaft noch tiefer in die Rezession treiben werden. Auf die Griechen kommt jetzt ein wahrer Abgaben-Tsunami zu: Die Mehrwertsteuer soll erhöht werden, Handy-Gespräche und Bezahl-TV werden ebenso höher besteuert wie Benzin, Alkoholika und Tabak. Bei Banktransaktionen will der Fiskus mitverdienen, die Grundbesitzsteuer, die Tsipras eigentlich abschaffen wollte, wird erhöht, sogar die Touristen werden geschröpft: Urlauber sollen eine «Übernachtungssteuer» von bis zu fünf Euro pro Nacht bezahlen.